



Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

25. Sitzung (nicht öffentlich)

23. Oktober 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitz: Annegret Krauskopf (SPD)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

Vorlage 12/1500

Der Ausschuß führt die Detailberatung zu den ihn betreffenden Aspekten des Einzelplans 07 - insbesondere des Kapitels 07 050, Familienhilfe, Jugendhilfe und soziales Ausbildungswesen, durch. - Das Ministerium beantwortet Fragen aus dem Kreise des Ausschusses und sagt weiterführende schriftliche Berichte zu.

- 2 Prüfung des Landesrechnungshofes von Zuweisungen zur Förderung der Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder** 10

Der Ausschuß setzt seine Diskussion zur Prüfung des Landesrechnungshofes betreffend Zuweisung zur Förderung der Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder fort. Dabei erörtert er insbesondere das Wechselspiel zwischen Landesrechnungshof, dem MAGS, den Bezirksregierungen und den Jugendämtern.

- 3 Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen** 17

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2340

Der Ausschuß führt eine Diskussion durch.

- 4 Interministerielle Projektgruppe "Politik für Kinder und Familie"** 22

Der Ausschuß nimmt einen ausführlichen Bericht des nordrhein-westfälischen Kinderbeauftragten, Ministerialrat Eichholz (MAGS), entgegen. Dem schließt sich eine kurze Diskussion an.

- 5 Integration Behinderter im Kindergarten** 25

Zuschrift 12/1266

Zum Tagesordnungspunkt 5 nimmt der Ausschuß einen Bericht des MAGS entgegen, dem sich kurze Stellungnahmen anschließen.

- 6** **Verschiedenes**
- a)** **Pro Kids**
- b)** **Gesprächstermin am 21. Oktober 1997**
- c)** **Terminplan 1998**
- d)** **Außereuropäische Ausschußreise 1998**

Zu den Unterpunkten a) bis d) siehe Seiten 28 und 29 des Diskussionssteils.

Aus der Diskussion

Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf begrüßt die Anwesenden und teilt mit, da der Minister erkrankt sei und der Staatssekretär das Land Nordrhein-Westfalen auf einer wichtigen Tagung in Nürnberg sowie Abteilungsleiter Dr. Harms das Ministerium in Bonn zu vertreten hätten, stehe für das MAGS heute Ministerialdirigent Schorn als Ansprechpartner zur Verfügung.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

Vorlage 12/1500

Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf erinnert daran, in seiner letzten Sitzung habe der Ausschuß zum Einzelplan 07, Kapitel 07 050, den Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales entgegengenommen. Entsprechend der Terminplanung sei für die heutige Sitzung die Detailberatung über die den Ausschuß betreffenden Bereiche des Einzelplans 07 vorgesehen.

Die relevanten Haushaltspositionen sollten - wie bereits in den vergangenen Jahren üblich gewesen - anhand der allen vorliegenden Beratungshilfe (siehe **Anlage 1** zu diesem Ausschußprotokoll) erörtert werden. Die Beratungshilfe sehe allerdings nur solche Positionen vor, die für 1998 haushaltsrelevante Änderungen enthielten.

Der Ausschuß behandelt zunächst:

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und soziales Ausbildungswesen

Warum, fragt **Antonius Rüsenberg (CDU)**, sei der Ansatz für den **Titel 653 10 - Zuweisungen für die Fortbildung in der sozialen Arbeit** - auf Null zurückgefahren worden? - Auch, fährt der Abgeordnete fort, beim **Titel 684 20** betreffend **Zuschüsse für die Fortbildung in der sozialen Arbeit** werde der Ansatz auf Null reduziert. Es seien bereits Zuschriften eingegangen, die von einer Bestandsgefährdung der Einrichtungen berichteten. - Womit hänge die Aufstockung um 600 DM beim **Titel 684 10** betreffend **Zuschüsse für die Aufgaben der überörtlichen Organisationen der Familienhilfe und Kinderhilfe (Landesorganisationen und Fachverbände)** zusammen?

Ministerialdirigent Schorn (MAGS) führt aus: In vielen Haushaltsbereichen habe das MAGS zur Wahrung der Haushaltskonsolidierung schmerzhaft Eingriffe vornehmen müssen. Daß mit solchen Maßnahmen keine Freunde gewonnen würden, sei dem Haus klar. Die Kürzungen seien an den Stellen vorgenommen worden, wo es am ehesten als vertretbar erschienen sei. - Die Erhöhung um 600 DM sei zur Begradigung des Ansatzes vorgenommen worden.

Titel 684 60: Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege

Antonius Rüsenberg (CDU) bittet darum, das MAGS möge bis spätestens acht Tage vor der nächsten Sitzung das Antragsvolumen in diesem Bereich beziffern. Da es sich unter anderem um investive Mittel handle, müßten Anträge vorbereitet werden können.

(Das MAGS sagt dies zu.)

Ministerialrat Breuksch (MAGS) teilt mit, das gesamte Antragsvolumen betrage für den investiven Bereich zur Zeit zirka 7 Millionen DM. Dieser Antragsbestand sei allerdings nichts Ungewöhnliches.

Titelgruppe 60: Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe

Antonius Rüsenberg (CDU) bittet bis zur nächsten Sitzung um die Bezifferung und Ausführungen zum Antragsvolumen im investiven Bereich betreffend Kapitel 893 60, Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zur Erhaltung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtung. - Auch über diesen Teil, so **Ministerialrat Breuksch**, habe sich seine zuvor gemachte Aussage bezogen.

Titelgruppe 61: Landesjugendplan

Antonius Rüsenberg (CDU) fragt, wann mit der vom Minister in der letzten Sitzung angekündigten Ergänzungsvorlage zum Landesjugendplan zu rechnen sei.

Ministerialdirigent Schorn (MAGS) verweist auf den technischen Ablauf. Zunächst müsse eine Anforderung seitens des Finanzministers erfolgen. Diese Anforderung liege allerdings noch nicht vor. Das MAGS sei jedoch in der Lage, die Ergänzungsvorlage gegebenenfalls sofort zustellen zu können. Das Ministerium gehe im übrigen davon aus, daß es noch in diesem Jahr eine Ergänzungsvorlage geben werde. Ob diese bis zur nächsten Sitzung vorlie-

gen könne, vermöge er nicht zu sagen. Zunächst müsse die Landesregierung beschlossen haben, überhaupt eine Ergänzungsvorlage einzubringen.

Antonius Rüsenberg (CDU) führt an, es gebe eine Beschlußfassung der SPD-Fraktion, die auf den 4. Oktober datiere. Dort sei auf Schwerpunkte zur Weiterentwicklung des Landesjugendplans hingewiesen worden. Die Beschlußfassung gehe nämlich davon aus, daß im Prinzip keine generellen strukturellen Veränderungen in bezug auf Titelbereiche in politischen Belangen für 1998 verbunden seien. Vielmehr ziele alle Kraft begrüßenswerterweise darauf ab, mit den Verbänden die generelle Linie abzustimmen. Die Ergebnisse wolle man im Frühjahr 1998 auf dem Tisch haben, um mit der Zielrichtung einem Konsens zu erreichen, daß das, was von seiten des Landesjugendplans angedeutet werde, 1999 durchgängig und titelscharf plazierte werde. Brauche vor diesem Hintergrund doch nicht mehr mit einer Ergänzungsvorlage gerechnet zu werden?

Bernd Flessenkemper (SPD) sichert zu, daß der CDU-Fraktion die aus dem Papier zu ziehenden Konsequenzen vor der Sitzung am 13. November zugeleitet würden.

Das stelle ihn zufrieden, bemerkt **Antonius Rüsenberg (CDU)**. Insoweit könne es gegebenenfalls durch eine Ergänzungsvorlage zu einer Reaktion oder durch entsprechende konkrete Anträge der Fraktion in diesem Ausschuß. Dann solle man sich darüber unterhalten, ob die Präambel in den teilweise strittigen Sätzen so stehenbleiben oder aber entfallen könne.

Sodann macht **Antonius Rüsenberg (CDU)** zum Landesjugendplan folgende generellen Anmerkungen: Der Ansatz für Mittel nach dem Sonderurlaubsgesetz sei um 330 000 DM gekürzt worden. Gehe dort etwa die Nachfrage zurück? Welche Erkenntnisse lägen aus dem Jahre 1997 vor? - Zum freiwilligen ökologischen Jahr habe der Minister vor kurzem in der Presse dargelegt, daß man auch hinsichtlich der Nachfrage eine günstige Entwicklung zu verzeichnen habe. Das Programm sei gut angelaufen. Das lasse doch eigentlich den Schluß zu, daß mehr Mittel gebraucht würden. Reichten aufgrund des zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials die zur Verfügung gestellten 700 000 DM überhaupt aus?

Regierungsangestellter Schäfer (MAGS) geht zunächst auf die Fragen nach dem freiwilligen ökologischen Jahr ein: Das Programm sei um einhundert Plätze aufgestockt worden, die allerdings noch nicht voll in Anspruch genommen worden seien, weil es immer wieder Abbrecher gebe. Das MAGS gehe von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der LJP-Positionen aus. Er erinnere im übrigen daran, daß sich Bund und Land die Kosten zwar nicht direkt teilten, allerdings würden sämtliche "Bildungstage" vom Bund finanziert.

Die Kürzung bei den Mitteln für das Sonderurlaubsgesetz entsprächen den Erfahrungswerten der letzten Jahre. Dabei handele es sich um eine Art Intervallbewegung. Das Ministerium

werde mit dem Ansatz 1998 auskommen, ohne daß die Träger in dieser Frage belastet würden.

Titelgruppe 62: Förderung des Jugendschutzes

Antonius Rüsenberg (CDU) macht darauf aufmerksam, das AJS in Köln verzeichne ein Plus von 21 Millionen DM. - Der Ansatz für die Personalkostenförderung der konfessionellen Landesarbeitsstellen für Jugendschutz sowie die Förderung kleinerer Jugendschutzmaßnahmen anlässlich von Förderungsmaßnahmen mit landeszentraltätigen Trägern der freien Jugendhilfe werde um 36,7 Millionen DM gekürzt. - Er bitte um eine Erklärung.

Regierungsangestellter Schäfer (MAGS) teilt mit, die Erhöhung bei der Zentralstelle der AJS gehe auf die Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz in bezug auf eine zuwachsende Fortbildung im Bereich der Medien und Sekten zurück. Es gebe intensive Bemühungen, dieses Problem fachlich-pädagogisch in den Griff zu bekommen. Im übrigen falle unter diesen Ansatz auch eine Finanzierung des IDZ (Informations- und Dokumentationszentrum) in Essen.

Aufgrund der intensiven Beratung um die Scientology sei es notwendig geworden, sehr zentriert neue Aktivitäten zu beginnen. Insofern sei eine Ansatzsteigerung (118 600 DM) vorgesehen, damit pädagogische Fachkräfte finanziert werden könnten.

Die Kürzung bei den konfessionellen Trägern könne er aus dem Stand heraus nicht detailliert belegen. Er werde diese Information bei der nächsten Sitzung erteilen. Vorab werde er gerne auch - damit die Antragstellung relativiert werde - eine kurze schriftliche Begründung liefern.

Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf bittet bei dieser Gelegenheit das Ministerium darum, alle Fragen, die in der heutigen Sitzung nicht beantwortet werden könnten, schriftlich und rechtzeitig vor der nächsten Sitzung zu beantworten und dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

Titelgruppe 66: **Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des sozialen Ausbildungswesens**

Titel 541 66 **Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen, Ausstellungen und Wettbewerbe**

Antonius Rüsenberg (CDU) stellt fest, da angesichts der angespannten Haushaltslage dort ein Plus von 253 800 DM zu verzeichnen sei, müsse offensichtlich Gewaltiges vor sich gehen. - Die zusätzlichen Ausgaben, erklärt **Regierungsangestellter Schäfer**, hingen mit dem Kindergartentag 1998 zusammen sowie internationalen Kulturprojekten, die vor allen Dingen mit den Niederlanden durchgeführt würden, sowie der Landesinitiative Blue-box. - Soweit über Schwerpunkte bereits entschieden sei, schließt **Antonius Rüsenberg (CDU)** an, solle dem Ausschuß eine entsprechende Aufstellung an die Hand gegeben werden.

Titel 684 66 - Zuschüsse an freie Träger

Antonius Rüsenberg (CDU) bittet darum, entsprechend dem Verfahren bei den Haushaltsplanberatungen früherer Jahre auch dann, wenn ein Titel im Entwurf auf Null gesetzt werde, im Haushaltsplan zumindest zu vermerken, für welche Zwecke die Mittel im laufenden Haushaltsjahr verausgabt worden seien. Die Reduzierung bedauere seine Fraktion; zu hinterfragen sei, was 1997 finanziert worden sei. - **Regierungsangestellter Schäfer** sagt die gewünschte Aufstellung zu.

Titelgruppe 67: **Kostenerstattung nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen**

Regina van Dinther (CDU) fragt, wie sich die dort vorgenommene erhebliche Reduzierung mit dem eigentlichen Auftrag in Übereinklang bringen lasse, die bundesgesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.

Ministerialrat Breuksch legt dar, es handele sich um eine Anpassung an die Kosten: Ausgaben-Entwicklung. Infolge eines Antragsstaus von 1996 auf 1997 seien zusätzliche Mittel verfügbar geworden. Da diese in dem Umfang nicht notwendig gewesen seien, würden sie - gerundet - zurückgeführt. Nach dem heutigen Stand der Dinge gehe das MAGS davon aus, mit dem Ansatz zurechtzukommen zu können.

Titelgruppe 68: Kosten der Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens

Weshalb, fragt **Bernhard Tenhumberg (CDU)**, sei der Ansatz auf Null zurückgeführt worden? Immerhin seien Schulungen vorgesehen. Finde nun überhaupt keine Förderung mehr statt?

Ministerialdirigent Schorn antwortet, es gebe eine Bundesratsinitiative aus Bayern, den Termin des Inkrafttretens noch hinter das Jahr 1999 zu schieben. Insofern sei der vom Abgeordneten Tenhumberg angesprochene Posten nicht etatreif.

Einer großen überregionalen Tageszeitung habe er, **Horst Vöge (SPD)**, entnehmen können, daß es zu einem Kompromiß zwischen Bund und Ländern gekommen sei. Wie sehe dieser Kompromiß aus? - Informationen lägen dem MAGS noch nicht vor, bedauert **MDgt Schorn**. Sobald solche Ergebnisse vorlägen, werde der Ausschuß entsprechend unterrichtet.

Weshalb, insistiert **Bernhard Tenhumberg (CDU)**, sei auch unter Mitwirkung Nordrhein-Westfalens darauf hingewirkt worden, den Zeitpunkt des Inkrafttretens in das Jahr 2002 zu schieben? - **MDgt Schorn** erinnert daran, daß es den Antrag des Freistaates Bayern gebe, der auf eine deutliche Verschiebung hinauslaufe. Dieser Antrag sei noch nicht beschlossen worden. Diese Entwicklung müsse zunächst abgewartet werden.

Werde, so **Willi Zylajew (CDU)**, Nordrhein-Westfalen dem Antrag Bayerns zustimmen? Er frage dies, weil Nordrhein-Westfalen offensichtlich doch keine eigenen Mittel einsetzen wolle. Immerhin schlage sich in den Zahlen des Haushalts ja das nieder, was die Landesregierung zu tun gedenke. Mittel für Beratungszwecke seien unbedingt erforderlich. - Es gebe, betont **MDgt Schorn**, noch keinen Beschluß der Landesregierung. Deshalb könne er die vom Abgeordneten Zylajew gewünschte Information nicht geben. Es bleibe bei dem Fakt, daß der Etatposten wegen der Ungewißheit der Bundesratsentscheidung noch nicht entscheidungsreif sei.

Titelgruppe 70: Förderung von Einrichtungen der erzieherischen Jugendhilfe

Auch hier, so **Antonius Rüsenberg (CDU)**, gehe es um investive Mittel. Er bitte darum, daß das Antragsvolumen beziffert werde.

Regierungsangestellter Schäfer teilt mit, 1997 habe dieses Antragsvolumen zwischen 2,5 Millionen DM und 3 Millionen DM gelegen. Die Kürzung um 1 Million DM gehe zum

einen auf den Beitrag des MAGS zur Haushaltskonsolidierung zurück. Zum anderen sei mit dem 1. Januar 1996 die Übergangsregelung betreffend die Zuständigkeit der Finanzierung der öffentlichen Erziehung auf Landesebene ausgelaufen. Nordrhein-Westfalen habe übrigens die längste Übergangsregelung auf diesem Gebiet seit Inkrafttreten des KJHG gehabt. Die Finanzierung und Förderung der öffentlichen Erziehung sei nunmehr ausschließlich kommunale Aufgabe. Das Land sei "nicht mehr zuständig".

Titelgruppe 80: Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK

Antonius Rüsenberg (CDU) stellt fest, der Landesetat werde nicht zusätzlich belastet. Diese Schlußfolgerung legten sowohl die Entwicklung bei der Betriebskostenzuweisung wie auch die Reduzierung um 36 Millionen DM im investiven Bereich nahe. Eine Rückwärtsentwicklung in finanzieller Hinsicht könnte sich durchaus anzeigen.

In der vergangenen Sitzung habe er nach den noch vorhandenen Restmitteln zum Ende der letzten Haushaltsjahre gefragt. Das MAGS habe sich dazu mit Schreiben vom 22. Oktober schriftlich geäußert. Im investiven Bereich seien bei den Barmitteln 1995 136,8 Millionen DM nicht abgerufen worden. Aus der Diskussion im Lande habe man jedoch stets einen anderen Eindruck gewonnen. Im Haushaltsjahr 1996 habe der entsprechende Betrag immerhin noch 53,3 Millionen DM ausgemacht. Bis zur nächsten Sitzung solle - soweit abschätzbar - mitgeteilt werden, wie der Mittelabfluß 1997 aussehe. Er, Rüsenberg, weise auf die Restbestände deshalb hin, weil es nicht angehe, Mittel so hoch anzusetzen, wenn bereits im vorhinein annähernd die Gewißheit bestehe, daß solche Mittel nicht vollständig abgerufen würden.

Die CDU-Fraktion erwarte Zahlenmaterial zu folgenden Schwerpunkten: Um eine gewisse Orientierung für politische Diskussionen zu haben, solle nach Jugendamtsbezirken die obere Grenze der Betriebskosten pro Platz und demgegenüber die untere Grenze für in etwa miteinander vergleichbaren Einrichtungen dargestellt werden.

Der generelle Hinweis auf mehr Fachkräfte pro Gruppe bzw. die Zielrichtung 1,5 Kräfte/Gruppe sei damit verbunden, daß Einsparpotentiale erwirtschaftet werden sollten. - Welche Größenordnung werde geschätzt, wenn landesweit um 1,5 reduziert werde? Ferner gehe es um die bisher vom Minister noch nicht beigebrachte Auflistung der freiwilligen Leistungen der Kommunen hinsichtlich der pauschalen bzw. prozentualen Anteile an den Betriebskosten der freien Träger.

Die Diskussion um die Veränderungen bei den Öffnungszeiten verliefen strittig. Mehr Personal werde bisweilen reklamiert. Wie sehe das MAGS den Kostenfaktor für den Fall der Umsetzung? Sei zusätzliches Personal erforderlich? Die Trennung von Personal- und Sachkosten werde von ihm generell begrüßt. - Mit welchem Einsparpotential rechne das MAGS?

MDgt Schorn sagt zu, den Fragenkatalog des Abgeordneten **Rüsenbergs** soweit wie möglich im MAGS abzuarbeiten. Allerdings sei das Ministerium nicht in allen Fällen Herr des Verfahrens. Das betreffe zum Beispiel die freiwilligen Leistungen der Gemeinden. Ob der Versuch von Erfolg gekrönt sein werde, vermöge er nicht zu versprechen. - Der Erfolg, erwidert **Antonius Rüsenberg (CDU)**, werde insbesondere bei den Kommunen groß sein, die bereits seit einigen Jahren Betriebskostenanteile der Träger übernahmen.

Bernd Flessenkemper (SPD) bittet namens seiner Fraktion um eine aktualisierte Übersicht zur Entwicklung der investiven Kosten. Seinerzeit sei ein an bestimmte Regelungen gebundenes Aufbauprogramm beschlossen worden. Die Erfahrungen der Zwischenzeit hätten ergeben, daß es einer Aktualisierung bedürfe.

Jutta Appelt (CDU) hält dem Hinweis, das Zahlenmaterial könne nicht so schnell beschafft werden, entgegen, daß es sich bei der Zuschußgewährung durch die Kommunen nicht um eine geheime Kommandosache handele. Die Beschlüsse würden in Ratssitzungen öffentlich gemacht. Die anderen angefragten Zahlen würden auf jeden Fall noch in diesem Jahr benötigt. Immerhin gebe es im Zusammenhang mit dem GTK schon noch erheblichen Beratungsbedarf.

Dem Ausschuß, teilt **Antonius Rüsenberg (CDU)** mit, sei eine sehr gute Übersicht betreffend die Entwicklung beim Rechtsanspruch und den damit zusammenhängenden Aspekten zur Verfügung gestellt worden. Er bitte namens seiner Fraktion um eine Fortschreibung. Sollte dies nicht kurzfristig möglich sein, dann aber auf jeden Fall mit Abschluß des Jahres und einem Vorlagetermin zu Beginn des nächsten Jahres. - Für das MAGS sagt **Ministerialrat Breuksch** dies zu.

Titelgruppe 84: Kosten der Erstellung des 7. Kinder- und Jugendberichts

Antonius Rüsenberg (CDU) hebt hervor, wie umfangreich die Arbeiten und Kosten im Zusammenhang mit der Stellung von Jugendberichten seien. Selbstkritisch müsse hinterfragt werden, ob dieser Bericht anschließend auch von allen an der Fachdiskussion Beteiligten im Detail aufgearbeitet werde. Möglicherweise könne - auch angesichts des neben dem Jugendbericht umfangreich zur Verfügung gestellten Informationsmaterials - der Zeitraum zwischen zwei Jugendberichten gestreckt werden.

Die Diskussion werde in ähnlicher Weise auch auf der Bundesebene geführt, antwortet **Regierungsangestellter Schäfer**. Bei der Erstellung des 6. Kinder- und Jugendberichts sei aufgefallen, daß die Entwicklung innerhalb einer Legislaturperiode zum Teil sehr prägnant gewesen sei. Veränderungen vollzögen sich schneller und seien insofern nicht mehr von der

Statik wie noch zu Beginn der 70er Jahre geprägt. Der Jugendbericht biete überdies Gelegenheit, darüber zu reflektieren, wie Jugendpolitik und die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen aussähen.

Es komme darauf an, betont **Ute Koczy (GRÜNE)**, aktuell zu reagieren und Entwicklungen zu verarbeiten. Dem Jugendbericht komme in gewisserweise die Aufgabe zu, auch einen Blick vorauszuwerfen und die Politik darauf vorzubereiten, was in den nächsten Jahren an Themen akut werde. Insofern befürworte sie das Fünf-Jahres-Intervall. Die einzelnen Gruppierungen suchten aus dem Jugendbericht die für sie relevanten Kapitel heraus. Würde das Intervall gestreckt, verlöre der Bericht an Aktualität. Das wolle sie nicht.

Bernd Flessenkemper (SPD) unterstützt die Anregung einer kritischen Diskussion anlässlich einer der nächsten Sitzungen.

Titelgruppe 86: Familienbezogene Selbsthilfe

Antonius Rüsenberg (CDU) weist auf den schriftlichen Antrag hin, der dem MAGS vom "Landesverband Adoptions- und Pflegekinder" vorgelegt worden sei. Dieser Landesverband arbeite bisher auf ehrenamtlicher Basis. Die Installation einer Landesgeschäftsstelle sei angedacht. Er bitte um Stellungnahme, ob nicht auch für diese Geschäftsstelle im Rahmen des Ansatzes von 300 000 DM der Einstieg vorgenommen werden könne.

Regierungsangestellter Schäfer teilt mit, der Ansatz von 300 000 DM sei bereits vergeben. Es handele sich um langfristige Fördermaßnahmen. Auch wenn der Antrag des vom Abgeordneten Rüsenberg genannten Verbandes durchaus nachvollziehbar sei, dürfe nicht außer acht gelassen werden: Der Verband sei bereits Mitglied im DPWV und werde von dort administrativ und interessenbezogen unterstützt. Sobald das MAGS in die Förderung solcher Träger - so wichtig ihre Arbeit auch sein möge - einsteige, die sich klassischerweise auf Aufgaben konzentrierten, die nur auf kommunaler Ebene angesiedelt seien - Stichwort: Adoption und Pflege -, stehe zu erwarten, daß auch andere Träger mit ähnlichen Ansprüchen an das MAGS heranträten. Er erinnere an ähnliche Schwierigkeiten, die es im Zusammenhang mit dem "Kinderhaus Brühl" gebe.

T i s c h v o r l a g e

für die Sitzung

des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie

am 23. Oktober 1997

Beratungshilfe

zum Einzelplan 07 Kapitel 050

Haushaltsberatungen 1998 Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.-Antr.
07 050			
Familienhilfe, Jugendhilfe und So-			
ziales Ausbildungswesen			
Einnahmen:			
Ausgaben:			
Sächliche Verwaltungsausgaben			
546 10	162		
Zuweisungen + Zuschüsse			
632 00	162		
641 20	162		
653 20	162	57	
681 00	162		
684 10	162		

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.Antr.
Titelgruppe 60	164	58, 59	
Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe			
547 60	164		
653 60	164		
684 60	164		
893 60	168		

TG 61 (Landesjugendplan)

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.-Antr.
	S. 170 - 178	60 - 65	

	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.Antr.
Titelgruppe 62			
Förderung des Jugendschutzes			
547 62	178		
684 62	180		
Titelgruppe 63			
Förderung der erzieherischen Jugendhilfe			
684 63	184		
Titelgruppe 64			
Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes			
653 64	186, 187		
684 64	186, 187	66	

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.Antr.
Titelgruppe 65	186	66	
Förderung von Einrichtungen der Familienbildung zur Durchführung von Sondermaßnahmen und Förderung noch nicht nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannter Einrichtungen der Familienbildung	186		
684 65	186		
685 65	186		
Titelgruppe 66	188		
Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des Sozialen Ausbildungswesens			
526 66	188		
531 66	188		
541 66	188		

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.Antr.
Titelgruppe 67	190, 191	67	
Kostenerstattung nach dem Gesetz für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen			
636 67	190		
646 67	190		
Titelgruppe 70			
Förderung von Einrichtungen der erzieherischen Jugendhilfe			
863 70	192		

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä-Antr.
Titelgruppe 80	194, 195	67	
Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK -			
653 80	194, 195	67, 68	
883 80	194, 195	68, 69	
Titelgruppe 83			
Maßnahmen der "Politik für Kinder"	196	69	
526 83	196		
531 83	196		
541 83	196		

Kapitel/Titel/Titelgruppe Seiten H-Plan Seiten Erl-Band Ä-Antr.

Titelgruppe 84

**Kosten der Erstellung des 7.
Kinder- und Jugendberichtes**

526 84 198
531 84 198

Titelgruppe 85

**Innovative Familien- und Kinder-
politik**

526 85 200
531 85 200

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.Antr.
Titelgruppe 86			
Familienbezogene Selbsthilfe	202, 203	70	
684 86	202		
Titelgruppe 87			
Gleichgeschlechtliche Lebensformen	204, 206	70	
541 87	204		
684 87	204		

Kapitel/Titel/Titelgruppe	Seiten H-Plan	Seiten Erl-Band	Ä.Antr.
07 410 Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI)	568 ff.	70, 71	